

Bericht

des Kulturausschusses

über die Drucksache

20/3752: Aufarbeitung des „kolonialen Erbes“ – Neustart in der Erinnerungskultur unter Einbeziehung der Partnerschaft mit Daressalam (Antrag der GAL)

Vorsitz: **Norbert Hackbusch**

Schriftführung: **Dr. Isabella Vértes-Schütter**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 20/3752 war am 18. April 2012 auf Antrag der SPD-Fraktion durch Beschluss der Bürgerschaft an den Kulturausschuss überwiesen worden. Der Kulturausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 25. April 2013 abschließend mit der Vorlage.

II. Beratungsinhalt

Die Abgeordnete der GRÜNEN erwähnte einleitend, der Antrag sei vor längerer Zeit an den Kulturausschuss überwiesen worden. Sie schilderte, die Zeit sei einvernehmlich genutzt worden, um dieses wichtige Thema in verschiedenen Gesprächen zu erörtern. Ausgehend von der Errichtung des sogenannten Tansania-Parks dauere die Diskussion über die Aufarbeitung des kolonialen Erbes seit vielen Jahren an. Sie hielt als ein Ergebnis dieser Auseinandersetzung die Städtepartnerschaft mit Dar es Salaam fest und hob hervor, der Bezirk Wandsbek sei besonders geprägt durch koloniale Denkmäler. Durch die Städtepartnerschaft habe Hamburg einen besonderen Auftrag, das postkoloniale Erbe aufzuarbeiten. Die Abgeordnete der GRÜNEN berichtete, auch durch die Delegationsreise der Bürgerschaft nach Dar es Salaam, die Schulpartnerschaften und Delegationsbesuche in Hamburg sei ihr die Notwendigkeit der Aufarbeitung als besondere Herausforderung deutlich geworden. In Gesprächen, die sie auch mit Vertretern der KZ-Gedenkstätte Neuengamme geführt habe, seien die Zusammenhänge zwischen der NS-Zeit und dem Kolonialismus herausgearbeitet worden. Sie bewertete die Aufarbeitung der NS-Zeit in Hamburg, insbesondere in den letzten Jahren, als vorbildlich und verwies auf die Initiativen wie „Stolpersteine“ und „Wie wollt ihr euch erinnern“. Von den verschiedenen Gruppen, die damit begonnen hätten, Vorarbeiten für die Aufarbeitung des postkolonialen Erbes zu leisten, nannte sie den in Wandsbek gebildeten Beirat, Eine Welt Netzwerk Hamburg e. V., Arbeitskreis Hamburg Postkolonial und wies auch auf wissenschaftliche Arbeiten an der Universität hin. Ergänzend fügte sie hinzu, die Ausstellung „Afrikaner in Hamburg“, die das Museum für Völkerkunde 2012 durchgeführt habe, habe gezeigt, dass in Hamburg mittlerweile eine größere afrikanische Community lebe. Insofern sei es wichtig, einem einseitigen und kolonialgeschichtlich geprägten Afrikabild etwas entgegenzusetzen. Ein sichtbares Zeichen seien auch die Straßenumbenennungen, die in Wandsbek für den Dominikweg und die Wissmannstraße beschlossen worden seien. Obwohl Wandsbek durch die Lettow-Vorbeck-Kaserne besonders hervortrete, müsse

ein gesamtstädtischer Kontext geschaffen werden. Vorbilder für die Aufarbeitung des Themas lieferten Amsterdam, Liverpool und Nantes. Die Abgeordnete der GRÜNEN zeigte sich sehr erfreut darüber, dass es gelungen sei, ein interfraktionelles Petikum (siehe Anlage) zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die SPD-Abgeordneten begrüßten ebenfalls, dass ein von den Fraktionen gemeinsam erarbeitetes Petikum vorgelegt werden könne. Die Verständigung auf ein gemeinsames Vorgehen im Hinblick auf Gedenkstätten und Erinnerungskultur sei eine wertvolle Tradition der Hamburgischen Bürgerschaft. Sie fügten hinzu, einige Obleute hätten auf eine zügige Umsetzung der Beschlussvorlage durch die Kulturbehörde gedrängt, deshalb verdeutliche die Fristsetzung bis zum 31. Dezember 2013 für die Vorlage von ersten Ergebnissen diesen Prozesscharakter. Zudem hofften sie, bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren, und stellten fest, dem Senat werde ein anspruchsvolles Programm auferlegt. Sie baten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, über den aktuellen Stand der bestehenden Aktivitäten im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit zu berichten.

Die CDU-Abgeordneten bemerkten, der Verständigungsprozess habe einen positiven Verlauf genommen. Sie erinnerten daran, dass sich die GRÜNE Fraktion ursprünglich gegen eine Umsetzung des Geschichtsgartens Deutschland/Tansania in Hamburg-Jenfeld ausgesprochen und zudem die bisherige Arbeit des vonseiten des Bezirks eingesetzten Beirats „Tansania-Park“ als wenig hilfreich bezeichnet habe. Diese Beurteilung sei angesichts des zehn Jahre währenden Prozesses, den alle Fraktionen und weitere Beteiligte gemeinsam getragen hätten, sehr erstaunlich gewesen. Deshalb seien sie sehr froh über das nun erzielte Ergebnis, weil die Arbeit des Beirats als wichtige Ausgangsbasis im interfraktionellen Petikum berücksichtigt worden sei. Problematisch fänden sie den historischen Ansatz zur Wiedergutmachung und die Gleichsetzung der kolonialen Phase mit den Verbrechen der Nationalsozialisten. Aus ihrer Sicht ginge es bei der Aufarbeitung des Kolonialismus darum, sowohl positive als auch negative Bezüge zu analysieren und die Auswirkungen auf die Gegenwart darzustellen. Die CDU-Abgeordneten erklärten, während der Delegationsreise hätten sie den Eindruck gewonnen, dass die Alltagsprobleme der dort lebenden Menschen relativ wenig mit der deutschen Kolonialgeschichte vor 100 Jahren zu tun hätten. Aus diesem Grund sei es wichtig, diese Phase der deutschen Geschichte von allen Seiten zu beleuchten und aktuelle Bezüge zu Dar es Salaam zu schaffen, damit die Menschen heute stärker zusammengebracht würden. Sie schlugen vor, die zuständigen Behörden wie die Senatskanzlei, die Kulturbehörde, die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF), die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) in das Petikum aufzunehmen, um deutlich zu machen, dass der aus dem Petikum hervorgehende Auftrag nicht nur die Kulturbehörde betreffe. Diese Ergänzung solle im ersten Absatz des Petikums unter 1. nach dem Wort Lettow-Vorbeck-Kaserne: ... „in Zusammenarbeit mit den betroffenen Behörden“ ... lauten.

Die FDP-Abgeordnete gab für ihre Fraktion bekannt, eine aktive Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus sei ihr wichtig. Ziel sei es nicht, Zeugnisse wie Denkmäler, Straßennamen und Gebäude dieser Zeit zu beseitigen, sondern eine lebendige Gestaltung für eine Verarbeitung der Vergangenheit zu finden. So könnten die vorhandenen Zeugnisse kommentiert und auf diese Weise ein Lernprozess initiiert werden, der insbesondere Schülerinnen und Schüler beziehungsweise Jugendliche anspreche. Sie sprach sich dafür aus, Orte für eine kritische Reflexion zu erhalten, und erklärte, sie sei davon überzeugt, dass die Bürgerschaft auf einem guten Weg dahin sei. Dabei obliege die Gestaltung des Prozesses dem Senat, der selbst darüber entscheiden müsse, welche Behörden daran beteiligt würden. Insofern würde sie die Ergänzung der CDU-Abgeordneten als nicht unbedingt notwendig akzeptieren.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE schloss sich den Ausführungen der SPD-Abgeordneten an und sagte, die gemeinsame Gestaltung der Erinnerungskultur, die trotz unterschiedlicher Auffassungen im Zusammenhang mit der Diskussion über ein Deserteursdenkmal und den Kriegsklotz am Dammtor gelungen sei, habe einen Prozess in Bewegung gesetzt, der dieses Spannungsverhältnis widerspiegle. Erinnerungskultur bedeute auch, einen Beitrag dafür zu leisten, dass Antisemitismus und Antiziganismus nie wieder ein Platz in der Gesellschaft eingeräumt werde. Der Abge-

ordnete der Fraktion DIE LINKE stellte fest, sicherlich bestünden unter den Fraktionen, von seiner Seite insbesondere mit der CDU-Fraktion, sehr unterschiedliche Auffassungen zu den positiven beziehungsweise negativen Bezügen des Kolonialismus. Entscheidend sei jedoch, dass im Rahmen der Erinnerung an den Kolonialismus eine Auseinandersetzung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs mit Afrika, der kolonialen Geschichte und dem Rassismus hergestellt werde. Deshalb ginge es nicht in erster Linie um eine Meinungsbildung, sondern darum, eine Plattform und Plätze für eine Auseinandersetzung über diese Themen zu schaffen. Insofern stelle das gemeinsame Petitum unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Auffassungen einen guten ersten Schritt dar. Er sagte abschließend, er teile die Auffassung der FDP-Abgeordneten hinsichtlich der Ergänzung des Petitions durch die CDU-Abgeordneten.

Die Abgeordnete der GRÜNEN hielt den CDU-Abgeordneten entgegen, mit ihren Ausführungen zur Aufarbeitung der NS-Zeit habe sie keinen Vergleich ziehen wollen, sondern darauf hingewiesen, dass es in Wandsbek nicht nur um die Askari-Reliefs ginge, sondern um einen Bezug der Embleme an dem Kasernengebäude der Bundeswehr zur Zeit des Nationalsozialismus. Auch eine Wiedergutmachung sei ihrer Meinung nach nicht möglich. Ihr ginge es um eine aktive Aufarbeitung der kolonialen Geschichte und darin läge auch die Begründung dafür, dass sich die GRÜNE Fraktion zu einem Zeitpunkt, als noch kein Ergebnis vorgelegen habe, gegen eine Beteiligung des Beirats ausgesprochen habe. Inzwischen habe eine positive Entwicklung in Wandsbek dazu geführt, dass ein einstimmiger Beschluss getroffen worden sei. Sie hob hervor, die beteiligten Behörden seien zunächst in das Petitum aufgenommen worden und auf Wunsch der SPD-Abgeordneten entfallen. Die BSU nehme im Hinblick auf die Lettow-Vorbeck-Kaserne eine tragende Rolle ein und auch die BSB sei im Kontext der Aufarbeitung beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung sehr wichtig. Sie erinnerte außerdem an die Ausstellung über Sansibar im Hamburger Rathaus vor einigen Jahren und unterstrich, eine behördenübergreifende Zusammenarbeit halte sie für sehr sinnvoll.

Die SPD-Abgeordneten nahmen Stellung zur Ergänzung der CDU-Abgeordneten und sagten, die zunächst im Petitum aufgeführten Behörden seien aus formalen Gründen herausgenommen worden, weil es nicht üblich sei, dass die Bürgerschaft dem Senat vorschreibe, welche Behörden er zu beteiligen habe. Auf eine inhaltliche Beteiligung der zuständigen Behörden habe dies keine Auswirkungen, sodass aus ihrer Sicht nichts dagegen spreche, die ergänzende Formulierung der CDU-Abgeordneten aufzunehmen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erwiderten, der Hinweis darauf, dass diese Aufgabe nicht allein von der Kulturbehörde bewältigt werden könne, sei für die senatsinterne Zusammenarbeit hilfreich. Eine verstärkte Bearbeitung des Themas, die der öffentlichen Auseinandersetzung eine andere Bedeutung verleihen werde, könne auch Prozesse und Reaktionen in Bewegung setzen, die nicht immer konstruktiv seien. Sie vermuteten, dass an einigen Stellen Widerstand oder ein etwas nachrangiges Interesse zu spüren sei. Der wissenschaftliche Austausch mit Dar es Salaam könne ein ganz wichtiger Schritt sein, wobei man sich darüber im Klaren sein müsse, dass von dieser Seite bisher – aus verschiedenen Gründen – kein übermäßig großes Interesse an einer Aufarbeitung des kolonialen Erbes bestanden habe. Daran müsse gearbeitet werden. Auch einige Vertreter der afrikanischen Community in Hamburg sähen ihren Schwerpunkt durchaus bei anderen Inhalten des interkulturellen Dialogs. Vor diesem Hintergrund müsse auch die Gestaltung des Prozesses hinsichtlich der Lettow-Vorbeck-Kaserne betrachtet werden, der eine möglichst große Beteiligung beziehungsweise Akzeptanz erfordere. Aufgrund des nahe gelegenen Neubaugebietes müssten umfangreiche Beteiligungsprozesse für die Gestaltung des Umfeldes initiiert werden, die intensive Abstimmungen vor Ort erforderten. Zur Verteilung der Kosten könnten sie derzeit noch keine Aussagen machen. Sie griffen die Ausführungen der Abgeordneten der GRÜNEN auf und erklärten, gerade die KZ-Gedenkstätte Neuenгамme habe im Zusammenhang mit der aktuellen Ausstellung „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“ verdeutlicht, dass es einen anderen als den eurozentristischen Blick auf die Geschichte gebe. Zur Umbenennung von Straßennamen sagten sie, diese bewegten sich oft auf einem sehr schmalen Grat und würden von den Städten

unterschiedlich gehandhabt. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter regten an, externe Gutachten, die den Forschungsstand einiger Fälle beleuchteten, zu Rate zu ziehen. Hierfür empfehle sich die gute Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte. Auch die Landeszentrale für politische Bildung müsse einbezogen werden sowie der an den Universitäten relativ neue Forschungszweig Postcolonial Studies. Die Auseinandersetzung kranke auch in der Wissenschaft immer noch an der Vorherrschaft westlich geprägter Denktraditionen, die mühsam aufgebrochen werden müssten. Allerdings läge darin auch angesichts der allseits hervorgehobenen globalisierten Welt ein guter Ansatzpunkt. Sie kündigten an, bis zum 31. Dezember 2013 könnten im Rahmen eines Zwischenberichts erste Ergebnisse vorgelegt werden. Mehr könne in der zur Verfügung stehenden Zeit und in Anbetracht des komplexen Themas nicht bewerkstelligt werden. Sie fügten hinzu, darin enthalten sei ein erster Überblick über die finanziellen Dimensionen. Außerdem könne eine – ihrer Meinung nach unerlässliche – erste Schwerpunktsetzung für die Aufarbeitung vorgenommen werden.

Die Abgeordnete der GRÜNEN bemerkte, zwischen der HafenCity Universität Hamburg und der ARU Ardhi University Dar es Salaam bestünde ein sehr aktiver Austausch, den auch das Department Medien der Universität Hamburg pflege. Sie sprach sich dafür aus, diesen Austausch zu nutzen.

Der Vorsitzende stellte das interfraktionelle Petikum mit der von den CDU-Abgeordneten vorgeschlagenen Ergänzung sodann zur Abstimmung. Die Änderungen würden einstimmig angenommen. Das somit geänderte Petikum der Drs. 20/3752 wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

III. Ausschussempfehlung

Der Kulturausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, das Petikum der Drs. 20/3752 in der wie folgt geänderten Fassung anzunehmen:

Der Senat wird ersucht, im Rahmen der verfügbaren Personal- und Sachmittel

1. *einen Prozess zur gesamtstädtischen Entwicklung eines geschichtsdidaktisch und wissenschaftlich ausgearbeiteten Erinnerungskonzeptes unter Einbeziehung der Städtepartnerschaft mit Dar es Salaam und des Bau- und Denkmalensembles der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne in Zusammenarbeit mit den betroffenen Behörden zu initiieren und insbesondere*
 - a. *aufbauend auf den bereits bestehenden Vorarbeiten und Austauschprojekten ein Forschungsprojekt der Universitäten Hamburg und Dar es Salaam mit Studentinnen/Studenten und/oder Doktorandinnen/Doktoranden aus beiden Städten im Rahmen der Städtepartnerschaft anzuregen, um der gemeinsamen Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte in Hamburg gerecht werden zu können,*
 - b. *die Ergebnisse der Arbeit des Beirats zur Gestaltung der historischen Zeugnisse in Jenfeld angemessen zu berücksichtigen und im Sinne einer würdigen Gedenkkultur und einer wissenschaftlichen Aufarbeitung auf die Darstellung und stärkere Akzentuierung der kolonialen Vergangenheit in geeigneten städtischen Institutionen (beispielsweise Bildungs- und Museumseinrichtungen) hinzuwirken,*
 - c. *verstärkt Initiativen einzubeziehen, die sich (unter Berücksichtigung des global postkolonialen Diskurses) mit dem Thema der kolonialen Vergangenheit und Aufarbeitung beschäftigen.*
2. *Vorschläge zu erarbeiten, inwieweit ein solches hamburgweites postkoloniales Erinnerungskonzept – auch unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern mit afrikanischer Einwanderungsgeschichte – entwickelt werden kann, und hierzu private Förderung und Zustiftungen zu ermöglichen und zu initiieren,*

3. *der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2013 über erste Ergebnisse zu berichten.*

Dr. Isabella Vértes-Schütter, Berichterstattung

Interfraktionelles Petikum
der Abgeordneten der Fraktionen von SPD, CDU, GAL, FDP, DIE LINKE
im Kulturausschuss
zu Drs. 20/3752

Betr.: Aufarbeitung des kolonialen Erbes

Unter den Bürgerschaftsfraktionen ist es in der Vergangenheit stets gute Tradition gewesen, eine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen bei dem Thema Gedenkstätten und Erinnerungskultur herzustellen. Einigkeit besteht darin, dass die Geschichte des deutschen Kolonialismus mit allen ihren Facetten inklusive der verübten Gräueltaten der Aufarbeitung bedarf. Auch Hamburg hat als Hafenstadt von kolonialen Ausbeutungsverhältnissen profitiert. Obwohl es bereits einiges an wissenschaftlicher Forschung zu dem Thema gibt, ist es unstrittig, dass ein Prozess zur Aufarbeitung des kolonialen Erbes nach weiterer wissenschaftlicher Expertise und Kooperation verlangt.

Spätestens seit der Diskussion um die Gestaltung des sogenannten Tansania-Parks in Wandsbek in den Jahren 2002/03 drängt sich die Frage auf, wie Hamburg zukünftig mit der Vielzahl der Orte umgehen soll, die möglicherweise für das Gedenken bedeutsam sind. Einige von ihnen treten erst langsam wieder in das öffentliche Bewusstsein, wie beispielsweise Straßen mit den Namen der Kolonialherren. Gerade jungen Menschen ist zu vermitteln, dass ein langer Weg von Zeiten europäischen rassistischen und kulturellen Hochmuts bis zu dem heutigen Bemühen um Partnerschaft führt – und dass es hierbei weiterer Anstrengungen bedarf.

In die Beratung einfließen sollte in diesem Zusammenhang die Gestaltungsvorlage für die Monumente in Jenfeld um die Lettow-Vorbeck-Kaserne, die ein Beirat, bestehend aus Experten und Vertretern aller Fraktionen der Bezirksversammlung Wandsbek, mit externer Beratung im Auftrag der zuständigen Senatsbehörden unter Federführung des Bezirksamtes erstellt hat. Diese Vorlage hat die Bezirksversammlung Wandsbek am 4.4.2013 einstimmig zur Kenntnis genommen und den zuständigen Behörden zugeleitet.

Der Kulturausschuss empfiehlt der Bürgerschaft zu beschließen:

Der Senat wird ersucht, im Rahmen der verfügbaren Personal- und Sachmittel

1. einen Prozess zur gesamtstädtischen Entwicklung eines geschichtsdidaktisch und wissenschaftlich ausgearbeiteten Erinnerungskonzeptes unter Einbeziehung der Städtepartnerschaft mit Dar es Salaam und des Bau- und Denkmalensembles der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne“ zu initiieren und insbesondere
 - a. aufbauend auf den bereits bestehenden Vorarbeiten und Austauschprojekten ein Forschungsprojekt der Universitäten Hamburg und Dar es Salaam mit Studentinnen/Studenten und/oder Doktorandinnen/Doktoranden aus beiden Städten im Rahmen der Städtepartnerschaft anzuregen, um der gemeinsamen Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte in Hamburg gerecht werden zu können,
 - b. die Ergebnisse der Arbeit des Beirats zur Gestaltung der historischen Zeugnisse in Jenfeld angemessen zu berücksichtigen und im Sinne einer würdigen Gedenkkultur und einer wissenschaftlichen Aufarbeitung auf die Darstellung und stärkere Akzentuierung der kolonialen Vergangenheit in geeigneten städtischen Institutionen (beispielsweise Bildungs- und Museumseinrichtungen) hinzuwirken,
 - c. verstärkt Initiativen einzubeziehen, die sich (unter Berücksichtigung des global postkolonialen Diskurses) mit dem Thema der kolonialen Vergangenheit und Aufarbeitung beschäftigen.

2. Vorschläge zu erarbeiten, inwieweit ein solches Hamburg-weites postkoloniales Erinnerungskonzept – auch unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern mit afrikanischer Einwanderungsgeschichte – entwickelt werden kann und hierzu private Förderung und Zustiftungen zu ermöglichen und zu initiieren
3. der Bürgerschaft bis zum 31.12.13 über erste Ergebnisse zu berichten.